◆ Es bleibt schwierig, Fachkräfte und Azubis zu gewinnen. Die Betriebe sind aufgefordert, ihre Anstrengungen auszuweiten. **Seite 2**

◆ Tanja Kix ist eine der beiden Delegierten der Geschäftsstelle Detmold bei Gewerkschaftstag. Was sie bewegt. **Interview auf Seite 4**

nachdruck

WIR FÜR NRW. WIR FÜR LIPPE.

Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

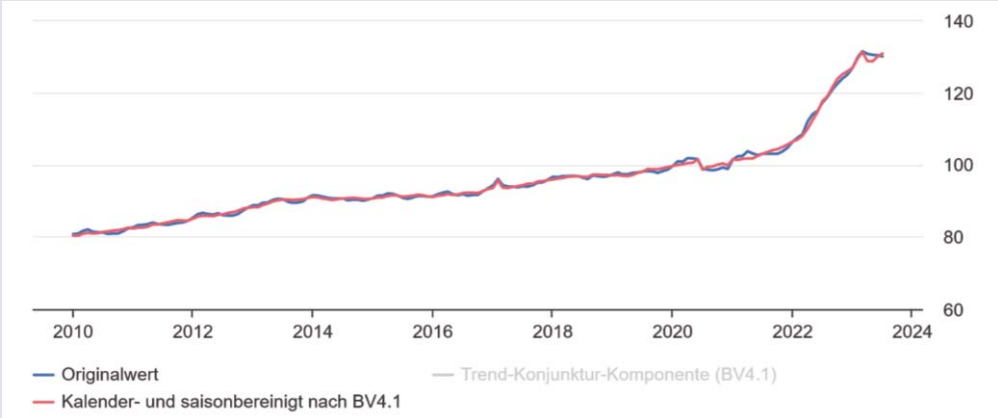
Nr.60 | Herbst 2023

Ohne Angebot

Der Arbeitgeberseite fällt zu den erforderlichen Entgeltsteigerungen ihrer Beschäftigten bislang nichts ein, während Kostensteigerungen bei Vorprodukten zähneknirschend hingenommen werden.

Am 6. September fand die erste Verhandlungsrunde in der lippischen Kunststoffindustrie statt. Die IG Metall hat ihre Forderungen bereits seit Wochen öffentlich und damit auch für die Arbeitgeberseite gut wahrnehmbar kundgetan – diese sahen sich bei den Verhandlungen im Lippischen Hof in Bad Salzuflen aber nicht in der Lage, ein Angebot vorzulegen.

Stattdessen stellten die Arbeitgeber ihre Kosten in den Vordergrund: Alles sei teurer geworden, die Energie, die Vorprodukte, das Kunststoffgranulat. Es sei zudem zunehmend schwierig, die steigenden Kosten an die Kunden weiterzureichen. Das Motto lautet offenbar: Einem armen Mann kannst Du nicht in die Tasche greifen. »Die wirtschaftliche Situation ist tatsächlich gar nicht so schlecht, die steigenden Kosten konnten bislang überwiegend weitergereicht werden, die Energiepreise sind gefallen und aktuell obendrein durch staatliche Unterstützung gedeckelt«, sagt Nikolaus Böttcher, Verhandlungsführer der IG Metall Detmold, »die Arbeitgeber verhalten sich respektlos gegenüber den Mitarbeitern, wenn sie diese für die Verwerfungen auf dem Markt zahlen lassen wollen«.



Heftig: Seit 2020 stiegen die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke um rund ein Drittel.
Quelle: Statisches Bundesamt, 2023

Die Beschäftigten kämpfen selber mit der heftigen Inflation. Das Statistische Bundesamt gibt sie mit 6,1 Prozent für August an. Die Löcher im Portemonnaie sind tatsächlich noch größer, weil in die Statisik Produkte eingearbeitet werden, die im Alltag nur eine geringe Rolle spielen. Von überragender Bedeutung sind die Lebensmittelpreise – und die steigen schon seit über einem Jahr zweistellig. Wer in den Supermarkt geht – und das muss wohl jeder – weiß, was los ist.

»Wir fordern die Arbeitgeber auf, in der zweiten Verhandlungsrunde am 27. September ein Angebot vorzulegen, um ernsthaft in die Verhandlungen einsteigen zu können«, sagt Nikolaus Böttcher.

➲ Mit Flugblättern und weiteren Informationen hält die IG Metall Dich über die Tarifrunde auf dem Laufenden. Beteilige Dich an unseren Aktionen, zeige, dass Du hinter den Forderungen stehst. Unsere Aktion »Gib der Forderung Dein Gesicht« läuft weiter, Fotos kannst Du hochladen: www.igm-fotoaktion.de/igmdetmold-kunststoff

WIR VERDIENEN MEHR!

Das fordern wir

8,5 % mehr Lohn & Gehalt & Ausbildungsvergütung

Mindestens 250 Euro mehr im Monat als Sockelbetrag

bei einer Laufzeit von 12 Monaten

vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

immer noch gibt es keinen Brückenstrompreis. Die Bundesregierung konnte sich bislang nicht dazu durchringen. Während die IG Metall ganz eindeutig und mit guten Argumenten einen solchen für energieintensive Unternehmen fordert, ist das Bild in der Bundesregierung sehr durchwachsen. Die FDP ist dagegen, obwohl sie ja eigentlich die Partei sein sollte, die Unternehmen fördert. Subventionen aller Art, die in Richtung Unternehmen verteilt werden, sind ihr nun wahrlich nicht unbekannt. Doch statt konkreter Hilfen bei den Energiepreisen setzt sie lieber auf ein nebulöses Paket von angeblichen Wachstumschancen. Die SPD ist in großen Teilen dafür, doch der Bundeskanzler ist bislang eher abgeneigt. Die Grünen in Person von Robert Habeck sind dafür, können sich aber nicht durchsetzen. Zwei Argumente der Gegner und Skepitiker will ich gerne erwähnen: Ein Brückenstrompreis vergrößere lediglich die Gewinne der großen Konzerne, der Mittelstand bleibe auf der Strecke. Diese Gefahr ist uns bewusst. Deswegen ist genau darauf zu achten, dass auch kleinere energieintensive Unternehmen wie die in der lippischen Kunststoffindustrie mit in die staatliche Finanzierung kommen und das Ganze nicht bei Unternehmen ankommt, die sowieso schon fette Gewinne einfahren. Und ein zweiter Einwand noch: Ein Brückenstrompreis verlangsame die Energiewende, wird gesagt. Das würde stimmen, wenn nicht parallel intensiv an regenerativen Möglichkeiten gearbeitet werden wird, die rasch kostengünstig zur Verfügung stehen. Deswegen auch der Begriff der »Brücke«. Sie setzt voraus, dass bei Ankunft am anderen Ufer eine emissionsarme Energiezukunft zur Verfügung steht.

Nikolaus Böttcher, IG Metall Detmold

fett-ecke

Wachstum wird es im energieintensiven Mittelstand ohne einen Brückenstrompreis nicht geben

Arbeitsplätze sind in Gefahr. Dies klingt seltsam, werden doch überall in Deutschland händeringend Arbeitskräfte gesucht. Und doch droht der Abbau von guten, tarifgebundenen Arbeitsplätzen in der Industrie.

Das FDP-geführte Finanzministerium hat eine Antwort: das »Wachstumschancengesetz«. Klingt ein bißchen so wie das »Gute-Kita-Gesetz«, welches die ehemalige Familienministerin Franziska Giffey in die Welt gesetzt hat. Und eröffnet die Frage, was uns da schöngezeichnet werden soll. Solche Namen gehören eher in den Supermarkt denn auf die politische Bühne.

Was ist denn eigentlich drin in der Verpakkung? Gibt es auch eine Zutatenliste und einen Nutriscore – und vielleicht noch ein Eis gratis, wer erfolgreich den Karton freirubbelt? Wer die Zutaten durchschaut, sieht ein Bündel an Gesetzesänderungen, welche vor allem Steuersenkungen und Investitionsprämien für Unternehmen bedeuten. Warum heißt das Gesetz dann nicht gleich »Der FDP fällt immer das Gleiche ein-Gesetz« oder »Gesetz zur Verschärfung der sozialen Ungleicheit«? Nur am Rande: Dass die Bundesfamilienministerin mehr Geld für eine bessere Absicherung von Kindern in armen Familien gefordert hat, als der Finanzminister herausrücken will, war und ist berechtigt. Dass in einer Koaltion geschachert wird, ist zugleich alltägliche Praxis und sollte niemanden empören. Nüchtern betrachtet will Lindner bei den Menschen sparen, unter anderem bei einer Kindergrundsicherung, und gibt woanders Geld hinein. Den Menschen traut er nicht, sie könnten ja Sozialleistungen missbrauchen, der Wirtschaft dagegen schon. Das Wachstumschancengesetz bedeutet veranschlagte 6,7 Milliarden Euro Steuerersparnis für Unternehmen. Geld, welches dem Staat dann fehlt. Und es ist leicht zu erahnen, wo das Finanzministerum unter anderem sparen will: unter anderem bei Zuwendungen an Kommunen, die dann wiederum bei sozialen Leistungen kürzen müssen.

Chancen sind nicht, wie Linder einmal behauptet, dornig und waren vormals Probleme, Chancen sind ein echtes Problem. Das gilt generell: auch Bildungschancen sind blöd. Das ist liberales Denken: Du hattest Deine Chance, Du hast sie genutzt oder eben auch nicht. Das hat aber nichts mit sozialstaatlichem Denken zu tun, welches auf Solidarität und Unterstützung setzt. Wer Chancen großschreibt, treibt den Wettlauf zwischen den Menschen an – bei dem die Schwächeren regelmäßig den Kürzeren ziehen.

Keine Chance sollen offenbar energieintensive Unternehmen erhalten. Jedenfalls sperrt sich Linder nachwievor gegen einen Brückenstrompreis. So schönfärberisch die Titel der eigenen Gesetzesvorhaben ausfallen, so brutal ist hier die Aussage: Warum am Leben erhalten, was auf Dauer sowieso stirbt? Das ist keine Logik, sondern nur verachtend gegenüber den industriellen Sektoren, die nicht nur einen wichtigen Teil der Wertschöpfungskette darstellen, sondern auch fair bezahlte Arbeitsplätze bieten. Die schöne neue Dienstleistungswelt hingegen verspricht eher prekäre Jobs. Der Brückenstrompreis soll, wie der Name schon sagt, überbrücken, bis die erneuerbaren Energien voll zur Verfügung stehen und das zu international konkurrenzfähigen Preisen. Energieintensive Unternehmen sind auf Energiepreise angewiesen, die sie nicht aus dem globalen Wettbewerb kicken. Das muss drin sein.

kurz berichtet

Immer weniger Azubis

Eine Umfrage der ›Deutsche Industrie- und Handelskammer‹ (DIHK) brachte zu Tage, dass 47 Prozent der Unternehmen im vergangenen Jahre nicht alle Ausbildungsplätze besetzen konnten. Dies sei gegenüber den Werten vor der Corona-Pandemie ein Anstieg um ein Sechstel. Bei über 30.000 Betrieben sei nicht einmal eine einzige Bewerbung eingegangen. Als Gründe gibt die DIHK den demografischen Wandel sowie die mangelnde berufliche Orientierung der jungen Generation an. So gibt es heute rund 100.000 weniger Schulabgänger als noch vor zehn Jahren. Schülern müsse mehr Berufsorientierung geboten werden, unter anderem durch mehr Praktika.

Wichtig sei auch das Arbeiten mit moderner Informationstechnik. Das hat der Auzubildendenreport des Deutschen Gewerkschaftsbundes genauer betrachtet. Bei seiner Umfrage unter Azubis gab nur knapp die Hälfte der Befragten an, sich durch die Ausbildung im Betrieb »gut« oder »sehr gut« auf das Thema vorbereitet zu sehen. Auch Berufsschulen seien oft nicht zeitgemäß ausgestattet. Zu oft müssen Azubis in die eigene Tasche greifen, um Lücken in der technischen Ausbildung auszugleichen.

➲ Der Ausbildungsreport des DGB im Netz (QR-Code)

Betriebsrat nicht im Fokus

Im Koalitionsvertag der Bundesregierung steht, dass die Rechte der Betriebesräte gestärkt werden sollen. Im Kern geht es darum, dass Arbeitgeber, die die Gründung oder die Arbeit eines Betriebsrats behindern, auch anonym angezeigt werden können. Doch bislang hat offenbar noch kein Ministerium daran gearbeitet, die Gesetzeslage anzupassen. Dies hat eine Anfrage im Bundestag ergeben. »Die Bundesregierung betont, wie wichtig Tarifbindung ist. Dazu gehören aber auch starke betriebliche Interessenvertretungen. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Versprechen nun auch endlich umsetzen«, sagt Daniel Salewski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Detmold.

Union-Busting, also der Versuch, Gewerkschaften aus den Betrieben fernzuhalten und aggressives Verhalten gegenüber Kollegen, die einen Betriebsrat gründen wollen, nehmen insgesamt zu. Der Gesetzgeber ist gefordert, die Rechte der Gewerkschaften und Beschäftigten eindeutig und besser zu schützen.

Azubis willkommen!

Fachkräfte und Auszubildende zu bekommen, bleibt schwierig. Die lippische Kunststoffindustrie bemüht sich und muss sich mit den großen Unternehmen in der Region messen.

Durch die Bank berichten die Betriebsräte der lippischen Kunststoffindustrie, dass es schwieriger geworden ist, Fachkräfte und Auszubildende zu gewinnen. Ein Trend, der nun schon seit Jahren anhält und sich weiter verstärkt. So sinkt die Zahl der Auszubildenen in der Kunststoffindustrie bundesweit seit Jahren. Dabei bildet die Kunststoffindustrie eben nicht nur – wie es seit Kurzem heißt – Kunststoff-und Kautschuktechnologen aus, sondern bietet eine breite Palette von Ausbildungsberufen bis hin zur IT-Technik.

Ninkaplast etwa hat aktuell neue Fachkräfte gewinnen können, aber nur, weil die Firma Heinze in Herford pleite gegangen ist oder von dort einige Kollegen gewechselt haben.

Der Markt gebe im Bereich der Fachkräfte und Produktionshelfer kaum noch geeignetes Personal her, sagt auch Thomas Bergmann, Betriebsratsvorsitzender bei Oskar Lehmann. »Dies ist sicherlich auch der Schichtarbeit geschuldet, welche eine hohe körperliche Belastung bedeutet«.

Auszubildende schauen auf zusätzliche Benefits

Heutige Auszubildende achten sehr auf die Benefits, die ein Unternehmen zu bieten hat, stellt Thomas Bergmann heraus. Will heißen: Bietet ein Unternehmen noch mehr als die Ausbildungsvergütung? Dazu zählen etwa Rabattkarten fürs Tanken oder auch Sportangebote. »Ein weiterer wichtiger Punkt ist, ob ein Unternehmen für die Zukunft aufgestellt ist, gerade was den Bereich Nachhaltigkeit betrifft«, ergänzt Thomas Bergmann, »auch Qualifizierungsangebote in oder auch nach der Ausbildung spielen eine Rolle. Kann ein Unternehmen dieses nicht bieten, entscheiden sich die Auszubildenden für andere Unternehmen, oder Sie entscheiden sich nachdem Sie eine Zusage bekommen haben noch einmal um und treten ein Studium an.«

Die Konkurrenz ist groß

Für Auszubildende und Fachkräfte gilt: die Konkurrenz ist groß. Phoenix Contact und Weidmüller stehen da als Beispiele für große Unternehmen, die mehr bieten können als Mittelständler, einfach weil sie über weitreichendere Ressourcen verfügen. Dort scheinen auch die Zukunftsaussichten gut.

Und das, was am Monatsende als Lohn herauskommt, spielt eine große Rolle: In tarifgebundenen Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie sind die Entgelte und Ausbildungsvergütungen höher als in der lippischen Kunststoffindustrie. »Fachkräfte haben ihren Preis. Die lippische Kunststoffindustrie muss sich da messen lassen, auch wenn es für klassische Zulieferer schwieriger ist als für die großen Player«, sagt Daniel Salewski, Erster Bevollmächtiger der IG Metall Detmold.

Bei den Ausbildungsvergütungen etwa liegt die lippische Kunststoffindustrie gar nicht so schlecht im Vergleich zur Metall- und Elektroindustrie, der Rückstand bei der monatlichen Vergütung beträgt rund 100 Euro. Einerseits gilt: die lippische Kunsstoffindustrie bildet selber zu wenig aus. Andererseits ist bekannt, dass es schwierig geworden ist, überhaupt Jugendliche für die Berufe zu begeistern. Die Unternehmen haben längst reagiert, schalten Anzeigen, klappern die Jobmessen ab. »Es mangelt sowohl an Quantität und Qualität, das muss sich ändern, da muss noch mehr passieren«, sagt Martin Brummermann, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei Coko.

Deutschland ist keine gute Adresse

Bundesfinanzminister Christian Lindner stellte sich im Februar diesen Jahres in einen Hörsaal in Ghana – und warb um Fachkräfte. Andere Minister taten es ihm gleich, auf allen Kontinenten der Welt. Doch davon mal abgesehen, dass sie im eigenen Land fehlen, wenn sie auswandern, wollen die offenbar gar nicht nach Deutschland. Zu viel Bürokratie und keine wirkliche Willkommenskultur. Nach seriösen Berechnungen braucht Deutschland in den nächsten Jahren mindestens 1,5 Millionen Menschen jährlich, die zuwandern und mit ihren Qualifikationen in der Lage sind, den Fachkräftemangel zu beheben.

Doch warum sollten sie kommen? Die ›Freien Wähler‹ in Bayern, deren Vorsitzender Hubert Aiwanger es vollbracht hat, sich in der Flugblattaffäre als Opfer darzustellen, wollen »das gewachsene Sinnerbe unserer Heimat« schützen. Dazu zählten »landesübliche Geräusche wie Kirchturmläuten, Kuhglocken oder ortsbekannte Gerüche wie der Brotduft einer Bäckerei« – so stehts im Programm. Dann noch viel Spaß – und backt doch eure Brote und Brötchen selber. Denn der Fachkräftemangel ist längst auch in den Bäckereien angekommen, die davon mal ab nur noch in seltenen Fällen vor Ort einen Teig gären lassen und daraus duftende Teigwaren herstellen.

Es gibt also immer noch viele Gründe, warum Fachkräfte aus dem Ausland gerade nicht nach Deutschland wollen. Warum sollten sie in ein Land, in dem sie im besten Fall auf ihre Arbeitskraft reduziert und im schlimmeren Fall gemobbt oder gar rassistisch bedroht werden? Warum in ein Land aufbrechen, dessen Menschen sich zu einem gewichtigen Teil nicht öffnen wollen und lieber rechtsextreme Parteien wählen? Menschen brauchen Perspektiven, sie müssen sich wohlfühlen. Dann klappt es auch mit der Integration.

Heute trage ich Button!

Großen Anklang fand die Idee des Button Days: Viele Beschäftigte zeigen mit dem roten IG Metall-Button »Wir verdienen mehr!«, dass sie hinter den Forderungen in der Tarifrunde stehen. Der Button Day war am 5. September. Aber es spricht nichts dagegen, ihn auch an weiteren Tagen zu tragen. Bei Coko gab es beispielsweise am 7. September eine spontane Aktion mit den Buttons (Foto links), an denen sich viele beteiligten.

Es läuft nicht überall rund

Bei Oskar Lehmann ist die Auftragslage weiter schlecht, bei Coko schwanken die Zahlen. Bei Ninkaplast und in weiteren Betrieben läuft es allerdings gut. Als Zulieferer ist die lippische Kunststoffindustrie abhängig davon, was etwa die Automobilindustrie ordert.

Bei **Ninkaplast** in Bad Salzuflen ist die Auftragslage zwar rückläufig, aber noch gut. In diesem Jahr gab es bereits 15 Neueinstellungen. Acht Beschäftigte, die zuvor befristet waren, haben zudem einen unbefristeten Vertrag bekommen. Damit ist die Zahl der Beschäftigten auf über 310 gewachsen. Auch die Zahl der Leiharbeitnehmer hat zugenommen, es sind zwischen 20 und 25 Kollegen aus der Leiharbeit im Betrieb. Gearbeitet wird von montags bis freitags, in einzelnen Bereichen der Produktion auch samstags, entsprechend fallen dort Überstunden an.

Insgesamt bildet Ninkaplast elf junge Menschen aus, vier sind in diesem Jahr frisch in ihre Ausbildung gestartet, Mechatroniker, Verfahrensmechaniker und ein Industriekaufmann. Es sei schwierig gewesen, neue Auszubildende zu finden, letztlich sei es dem Unternehmen aber gelungen, berichtet Esin Kocaaga, der Betriebsratsvorsitzende.

Der Betriebsrat von **Oskar Lehmann** in Blomberg Donop berichtet weiter von einer schlechten Auftragslage. Diese hält jetzt schon seit April diesen Jahres an. »Nachdem wir im August keine Kurzarbeit gemacht haben, müssen wir dieses Mittel für den September wieder nutzen um die Auftragsrückgänge abzufedern. Wir vom Betriebsrat sind uns bewusst, dass dieses für den einzelnen eine hohe finanzielle Belastung gerade in der jetzigen Zeit bedeutet. In einer solchen Situation geht es aber zentral darum, die Arbeitsplätze hier bei uns zu erhalten«, sagt Thomas Bergmann, der Betriebsratsvorsitzende. 246 Kolleginnen und Kollegen arbeiten aktuell bei Oskar Lehmann. Leiharbeitnehmer sind keine im Betrieb.

19 junge Menschen lernen bei Oskar Lehmann. Zum 1. August und 1. September starten acht Auszubildende: ein Maschinen- und Anlagenführer, ein Mechatroniker, drei Industriekauffrauen/männer, zwei Kunststoff-und Kautschuktechnolog/innen und ein Fachlagerist. Für den Bereich Werkzeugbau wollte Oskar Lehmann ebenfalls einen Ausbildungsplatz vergeben, doch ein Bewerber, der bereits zugesagt hatte, hatte wieder zurückgezogen. Der Betriebsrat begrüßt die neuen Auszubildenden herzlich.

Die neuen Auszubildenden von Oskar Lehmann bei einem Teamspiel am Schiedersee.

Trotz der schlechten Auftragslage fand in diesem Sommer das alljährliche Fest für betrieblichen Jubilare statt, geehrt wurden Kolleginnen und Kollegen mit 10- und 25-jähriger Betriebszugehörigkeit. Eine gelungene Veranstaltung, an der der Betriebsrat auch teilgenommen hat.

Inzwischen gibt es das Jobrad ja in den meisten Betrieben der lippischen Kunststoffindustrie, nun verhandeln Betriebsrat und Geschäftsführung bei Oskar Lehmann ebenfalls über eine entsprechende Betriebsvereinbarung.

Bei **Coko** in Bad Salzuflen ist die Auftragslage im Vergleich zum Frühjahr eher rückläufig und durchwachsen. Der August war schwach, Anfang September lief es wieder besser. »Mehr als Momentaufnahmen sind aktuell nicht möglich«, sagt Martin Brummermann, der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende. Für die Beschäftigten hat die Delle bereits Konsequenzen: Die Geschäftsführung hat sie aufgefordert, die verschiedenen Zeitkonten runterzufahren, sprich, sie durch Freizeit auszugleichen. »Die Reaktionen sind unterschiedlich: Manche freuen sich, bei dem aktuell schönen Wetter frei nehmen zu können, andere ärgern sich, weil sie die Zeit eigentlich zu einem anderem Zeitpunkt nehmen wollten«, sagt Martin Brummermann. Rund 560 Kolleginnen und Kollegen arbeiten bei Coko in Bad Salzuflen. Diese Zahl ist stabil. Wenige Leiharbeitnehmer sind zudem im Betrieb eingesetzt.

Der Betriebsrat begrüßt die neuen Auszubildenden bei Coko.

Mit großer Freude hat der Betriebsrat wahrgenommen, dass zum 1. August und 1. September acht neue Auszubildende begonnen haben: ein Mechatroniker, drei Werkzeugmechaniker, zwei Kunststofftechnologen, eine Industriekauffrau und ein Fachinformatiker IT. Der Betriebsrat hat sie bereits begrüßt. »Es ist schön, dass sie zu uns gefunden haben. Und wir beglückwünschen sie, diesen Weg eingeschlagen zu haben, mit dem sie ihre Zukunft bestmöglich absichern«, ergänzt Martin Brummermann.

Bei **›Kingspan Light & Air GmbH‹**, vormals Essmann, hat sich die Auftragslage verbessert. War sie Anfang Juni noch zufriedenstellend, so hat sie im Juli und August angezogen. Der Betriebsrat bezeichnet sie als gut. Die gute Lage führt jedoch nicht etwa zu Neueinstellungen, sondern vor allem zu dem Einsatz von Leiharbeitnehmern. Hatte Essmann lange Zeit überhaupt keine im Betrieb, ist dies nun anders. Etwa 30 wurden in den vergangenen Wochen angefordert, allerdings sind weniger als die Hälfte am Einsatzort Kingspan geblieben. Die Geschäftsführung wird wohl weitere anfordern. Sie arbeitet dabei mit den üblichen Personalagenturen. »Wir fordern, statt Leiharbeitern Aushilfen einzustellen. Wenn Leiharbeit aus Sicht der Geschäftsführung unumgänglich ist, dann muss mit Vermittlern gearbeitet werden, die Equal Pay ab dem ersten Tag gewährleisten«, sagt Halil Annac, der Betriebsratsvorsitzende. Bislang hat Kingspan erst einen einzigen Leiharbeiter vom ›Netzwerk Lippe‹ angefordert – einer der ganz wenigen Anbieter, die überhaupt Equal Pay garantieren. Aushilfen für die Produktion wurden in den vergangenen Wochen ebenfalls eingestellt, allerdings in geringem Umfang. Eine Betriebsvereinbarung, die den Einsatz für Leiharbeit im Betrieb regelt, gibt es aktuell nicht. Der Betriebsrat stimmte dem Einsatz von Leiharbeitnehmern, die nicht unter Equal Pay-Bedingungen eingesetzt werden sollten, nicht zu, vor dem Arbeitsgericht gab es einen Gütetermin (siehe auch die Box auf dieser Seite zu diesem Thema).

»Die Geschäftsführung will mehr Teile rauskriegen. Aus unserer Sicht sind die Arbeitsbedingungen aber weiter stark verbesserungsbedürftig, weil durch den Zuzug der Produktion aus dem nun ehemaligen Standort Detmold die Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist, Maschinen nicht optimal stehen. Da müsste angesetzt werden, um den Output zu erhöhen«, sagt Halil Annac. So hat der Betriebsrat auch mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass die Geschäftsführung Zeitaufnahmen in der Produktion machen will. »Ein konkreter Termin ist uns noch nicht bekannt. Aber Zeitaufnahmen machen nur Sinn, wenn die Maschinen nicht mehr umgestellt werden«, ergänzt Halil Annac.

Wie in den meisten Betrieben der lippischen Kunststoffindustrie auch, hat Kingspan am Standort Bad Salzuflen eine Vereinbarung zum Fahrradleasing geschlossen. Wer sich für die Bedingungen interessiert, kann sich gerne an den Betriebsrat wenden.

Abgeschlossen haben Betriebsrat und Geschäftsführung eine Betriebsvereinbarung zur Software »Saleforce«. Die Geschäftsführung will die Software einsetzen. »Wir haben das Maximale an Persönlichkeitsschutz rausgeholt, soweit es die Mitbestimmung zulässt«, sagt Halil Annac. So ist es untersagt, die Software zu Leistungskontrollen zu gebrauchen.

Bis Ende des Jahres will der Betriebsrat eine neue Vereinbarung für Gewerbliche und Angestellte zur Arbeitszeit erreichen. Die bisherige Regelung im Rahmen der Zukunftsvereinbarungen ist ausgelaufen, weil der Arbeitgeber kein Interesse an einer neuen Zukunftsvereinbarung hatte. Damit galt wieder die alte Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeit. »Die ist aber an vielen Stellen nicht mehr zeitgemäß, einige Gesetzesvorgaben wie etwa die zur Arbeitszeiterfassung haben sich geändert. Deswegen wollen wir neue Vereinbarung«, sagt Halil Annac. Der Betriebsrat bereitet eine solche vor, Verhandlungstermine mit der Geschäftsführung gibt es noch nicht.

Bei **Friedrichs & Rath** im Extertal ist die Auftragslage zufriedenstellend. Die Produktion läuft von montags bis freitags, Überstunden fallen keine an. Leiharbeitnehmer sind keine im Betrieb. Die aktuelle Beschäftigtenzahl beträgt 220. Der Betriebsrat begrüßt, dass alle befristeten Arbeitsverträge verlängert wurden.

Ein Auszubildender hat zum 1. August eine Ausbildung zum Verfahrensmechaniker begonnen, damit hat Friedrichs & Rath zwei Auszubildende im Betrieb. Das sind im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl zwar wenige. »Wir sind aber erfreut darüber, dass man endlich wieder das Thema Ausbildung voran treibt«, sagt Jutta Kopischke, die Betriebsratsvorsitzende.

Die Betriebsvereinbarungen zu Kurzarbeit und Homeoffice wurden in guter Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung zügig zum Abschluss gebracht. »Die Betriebsvereinbarung zur Kurzarbeit liegt nun bereit, um im Falle dessen aktiviert werden zu können. Wir hoffen aber, dass die Situation erst gar nicht eintritt«, sagt Jutta Kopischke.

Der Betriebsrat widmet sich verstärkt dem Thema Mobbing im Betrieb. »Leider tritt dieses Thema immer weiter in den Vordergrund. Wir sehen da Informations- und Handlungsbedarf«, sagt Jutta Kopische. Zwei Betriebsräte lassen sich gerade berufsbegleitend ausbilden, um sich dem Thema Mobbing fachgerecht widmen zu können.

Leider ist Waldemar Brodde aus der Tarifkommission ausgetreten. »Wir fanden seine Entscheidung sehr schade und bedanken uns bei Waldemar für seinen jahrelangen Einsatz«, fügt die Betriebsratsvorsitzende im Namen des Betriebsrats an.

Rechte des Betriebsrats bei Leiharbeit

Leiharbeit ist mitbestimmungspflichtig (Artikel 99 des Betriebsverfassungsgesetzes). Der Betriebsrat in dem Betrieb, in dem die Leiharbeitnehmer eingesetzt werden sollen, der sogenannte Entsendebetrieb, kann zustimmen oder ablehnen. Allerdings sind die Rechte in der Praxis eingeschränkt. Lehnt der Betriebsrat ab, kann der Arbeitgeber die Leiharbeitnehmer dennoch einsetzen, wenn er angibt, dass dies »vorläufig« geschieht (Artikel 100 BetrVG). Dann braucht er die Zustimmung des Betriebsrats nicht. Manchmal erwirken Arbeitgeber auch Zustimmungsersetzungen durch Arbeitsgerichte und umgehen so die Zustimmung des Betriebsrats. Dagegen kann der Betriebsrat zwar wiederum vorgehen, denn es besteht grundsätzlich ein gerichtlicher Unterlassungsanspruch. Da die Dauer solcher Verfahren jedoch meist die Einsatzzeiten der Leiharbeitnehmer überschreiten, ist ein solcher Widerspruch oftmals wenig hilfreich.

2020 hat das Bundesarbeitsgericht jedoch klargestellt, dass Einsatzzeiten von Leiharbeitnehmern mitbestimmungspflichtig sind. Damit muss der Betriebsrat auch den konkreten Einsatzzeiten zustimmen. Damit eröffnen sich neue Mitbestimmungswege bis hin zu einem Unterlassungsanspruch. Dadurch ist es also für einen Arbeitgeber schwieriger geworden, über die Köpfe des Betriebsrats hinweg Leiharbeit in den Betrieb zu holen.
(BAG, Beschluss vom 28.7.2020, Az.: 1 ABR 45/18)

»Mitgestalten finde ich wichtig«

Ende Oktober findet der Gewerkschaftsstag der IG Metall statt. Tanja Kix ist Delegierte der Geschäftsstelle Detmold. Warum sie sich in der IG Metall engagiert und warum die Rente ein so wichtiges Thema ist, beschreibt sie im Interview.

Der 25. Gewerkschaftstag der IG Metall findet vom 23. bis 26. Oktober in Frankfurt am Main statt. Gewählte Delegierte der IG Metall Detmold sind Lars Buller und Tanja Kix. Die 45-Jährige ist seit 23 Jahren bei Weidmüller beschäftigt, sie ist Projektleiterin im Marketing.

Du bist schon lange bei Weidmüller, aber noch gar nicht so lange in der IG Metall.

Ich war lange Jahre Außertariflich Beschäftigte. Mein Interesse war da, aber tatsächlich bin ich den Schritt in die IG Metall nie gegangen. Als sich abzeichnete, dass ich wieder in den Geltungsbereich des Metall- und Elektrotarifvertrags komme, habe ich mich entschlossen, mitzugestalten und für den Betriebsrat zu kandidieren. Das war 2017. Damals bin ich auch Mitglied in der IG Metall geworden. Angestellte und IG Metall, das ist ein altbekanntes und schwieriges Thema. Das Image der IG Metall bei den Angestellten ist ja eher angestaubt. Tatsächlich mögen da auch andere Gründe dahinter stecken, warum die IG Metall in den direkten Bereichen stark und bei den Angestellten in der Regel deutlich schwächer verankert ist. Angestellte, gerade solche, die nicht unter den Tarifvertrag fallen, fehlt der Bezug, oftmals meinen sie auch, alleine ihre Sachen regeln zu können. Auf der anderen Seite sind die Betriebsräte und die IG Metall oft auch sehr stark auf die Beschäftigten in den Produktionsbereichen konzentriert.

Warum bist Du den Schritt gegangen, für den Betriebsrat zu kandidieren?

Mitgestalten finde ich wichtig. Es ist spannend, die Arbeits- und damit letztlich auch die Lebensbedingungen mitzubestimmen. Ich engagiere mich gerne, es bereitet mir bei aller Anstrengung Vergnügen. Zunächst wurde ich als Ersatzmitglied des Betriebsrats gewählt, seit 2022 bin ich ordentliches Mitglied.

Auch in der IG Metall wollte ich nicht einfach nur Mitglied sein. Bei Weidmüller gibt es Vertrauensleute der IG Metall. Ich entschied, da als Vertrauensfrau mitzumischen und mit den anderen zusammen den Vertrauenskörper im Betrieb wieder sichtbarer zu machen.

Was mich innerhalb der IG Metall weitergebracht hat, war das Projekt ›Die IG Metall vom Betrieb aus denken‹. Da habe ich viel mitbekommen, wie die IG Metall tickt und welche Menschen dort aktiv sind. Ich habe mitgenommen, dass die IG Metall auf dem Weg der Veränderung ist und sich moderner aufstellen will.

Und nun bist Du Delegierte auf dem Gewerkschaftstag.

Das ist eine besondere Ehre. Ich hatte mein Interesse daran kundgetan und wurde tatsächlich gewählt. Ich hoffe, dort möglichst vieles für meine eigene Arbeit vor Ort mitnehmen zu können. Wir sind dort auch mit einem eigenen Antrag präsent. Es geht um Reisekosten für Seminare der IG Metall. Bislang ist es so, wer mit einem Auto anreist, erhält wenig Kilometergeld, 11 Cent pro Kilometer sind so wenig, dass es im besten Fall gerade reicht. Das wollen wir ändern.

Ein Thema des Gewerkschaftstages wird die Rente sein.

Wer auf die Rente schaut, dem kann Angst und Bange werden. Ich habe ja noch gut 20 Jahre Erwerbsleben vor mir, stelle mir aber schon die Frage, wie meine Alterssicherung dann aussieht. Grundsätzlich sollte niemand im Alter in Armut leben müssen, das gilt besonders für ein so reiches Land wie Deutschland. Die Frage ist, wie sich das erreichen lässt. Die Gesetzliche Rente ist sicherlich verbesserungswürdig, aber sie ist der sicherste und effektivste Weg, für alle Menschen im Alter eine auskömmliche Rente zu garantieren. Sie müsste sogar noch ausgebaut werden. Das Rentenniveau ist in den vergangenen Jahrzehnten auf 48 Prozent gesunken, das ist zu niedrig. Schon heute ist es so, dass viele Menschen mit einer geringen Rente auskommen müssen. Die Belastungen steigen zugleich, die Lebensmittelpreise kennt jeder, die Mieten steigen, wer auf dem Land wohnt, braucht ein Auto und so weiter. Wer noch fit ist, nimmt einen Job an, um die Rente aufzubessern. Das können aber nicht alle – und das ist ja auch nicht die Idee für diesen Lebensabschnitt, zumindest nicht, wenn es zum Zwang wird, dazuverdienen zu müssen.

Andere Modelle wie die Riester-Rente haben sich als Flop erwiesen, weil daran vor allem die Versicherer verdienen. Jetzt wird die Aktienrente diskutiert. Aber es ist kein Naturgesetz, dass Aktienkurse immer steigen. Das Risiko würde so auf die Menschen abgewälzt, die im Zweifel mit einer kleineren Rente auskommen müssten, weil eben mal die Börsen gecrasht sind. Altersvorsorge gehört in staatliche Hand, muss beitragsfinanziert sein und taugt schon gar nicht zur Spekulation. Der Staat muss sie regeln, sie darf nicht davon abhängig werden, dass die einzelnen Menschen sich selber kümmern. Viele könnten das gar nicht. Profitieren würden nur die, die sowieso schon genug Geld haben, sich auskennen oder gleich einen Anlagenberater anheuern. Ich finde, die IG Metall muss da ganz klar sein. Was notwendig ist, wäre sogar eine Ausweitung der Rente auf die Beamten und Selbstständigen, alle sollten in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Gleiches gilt übrigens auch für die Pflegeversicherung.

Vorsicht Cartoon!

Impressum

›Nachdruck‹
Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Redaktion: Halil Annac, Thomas Bergmann, Nikolaus Böttcher, Martin Brummermann, Esin Kocaaga, Dajana Nüsse-Klamann

Fotos: S.2 oben: pixabay, S.4 Cartoon André Poloczek

Redaktionsleitung, Layout und Satz: Manfred Horn

Verantwortlich i.S.d.P.: Daniel Salewski, IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, fon 05231. 99 190, eMail detmold@igmetall.de

Wir freuen uns über LeserInnenbriefe und Rückmeldungen. Vielleicht wissen Sie, weißt Du, von einem Thema, über das wir berichten sollten. Schreibe eine eMail mit dem Betreff ›nachdruck‹ an: detmold@igmetall.de oder einen Brief an unsere Redaktionsadresse: IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32 756 Detmold

IG Metall – Eine starke Gemeinschaft. Jetzt Mitglied werden!

Die Beitrittserklärung können Sie bei Ihrem Betriebsrat, bei den Vertrauensleuten der IG Metall und in der Geschäftsstelle der IG Metall in Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, abgeben.

BEITRITTSERKLÄRUNG Auch möglich unter **www.igmetall.de/beitreten** Eintrittsdatum T T M M J J J J

Name **Vorname** **Geburtsdatum** T T M M J J J J **Geschlecht** weiblich männlich **Mobiltel.** dienstlich privat **Telefon** dienstlich privat

Straße **Hausnr.** **Land** **PLZ** **Wohnort** **E-Mail** dienstlich privat **Staatsangehörigkeit**

Ich bin Vollzeit beschäftigt Teilzeit beschäftigt in Altersteilzeit Arbeitsphase in Altersteilzeit Freistellungsphase Solo-Selbstständig

Betrieb / Einsatzbetrieb PLZ Ort Personal- /Stammnummer Kostenstelle

Leihbeschäftigte*r mit Werkvertrag befristet von: bis: Verleihbetrieb:

Ich bin derzeit Auszubildende*r Dual Studierende*r Student*in Schüler*in Ferienbeschäftigte*r von: bis: wenn Student*in, Hochschule:

IBAN

durchschn. mtl. Bruttoeinkommen, davon 1 % Mitgliedsbeitrag = **Mitgliedsbeitrag**

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1 % vom durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen. Studierende und Schüler*innen ohne Beschäftigung zahlen 2,05 Euro. Anspruch auf Leistungen besteht nur bei satzungsgemäßem Beitrag.

Beitritt: Hiermit trete ich der IG Metall bei und erkenne die Satzung dieser Gewerkschaft an. Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben zu meiner Person und nehme den Datenschutzhinweis der IG Metall zur Kenntnis.

Datenschutz: Mitgliedsdaten werden nur im Sinne der Satzung verwendet. Meine personenbezogenen Daten werden von der IG Metall und ihren gewerkschaftlichen Vertrauensleuten unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes für die Begründung und Verwaltung meiner Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Weitere Hinweise zum Datenschutz finde ich unter **www.igmetall.de/datenschutz**.

SEPA-Lastschriftmandat (wiederkehrende Lastschriften): Gläubiger-Identifikationsnummer der IG Metall: DE71 ZZZ0 0000 0535 93, Mandatsreferenz: Mitgliedsnummer01. Ich ermächtige die IG Metall, den satzungsgemäßen Migliedsbeitrag einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IG Metall auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Stand Mai 2022

X Ort/Datum/Unterschrift